

Dr. Hans Christoph Atzpodien zu Rüstungsexporten

Wie erklärt sich der BDSV den deutlichen Rückgang bei den Rüstungsexporten in diesem Jahr?

„Dies hat eine Vielzahl von Gründen: Zunächst einmal die späte Bildung einer Regierungskoalition im Frühjahr 2018 sowie eine insgesamt zur Genehmigung von Rüstungsexporten restriktivere Koalitionsvereinbarung, die mit einer nicht näher definierten Formulierung wie „unmittelbar am Jemen-Krieg beteiligt“ anfangs für viel Verwirrung in den zuständigen Ministerien gesorgt hat, oder auch die zunehmend kritische Haltung der Bundesregierung allgemein gegenüber den sogenannten Drittländern. Hinzu kam, dass in diesem Jahr einige Großvorhaben ausgelaufen waren und darum in der Statistik nicht mehr auftauchten.“

Wie wird man damit umgehen, wenn der Rüstungsexportstopp auch für bereits genehmigte Exporte an Saudi-Arabien anhält? Sind Schadensersatzklagen denkbar?

„Union und SPD haben sich ja bereits in den Koalitionsverhandlungen im Frühjahr auf einen Exportstopp für alle Länder verständigt, die „unmittelbar“ am Jemen-Krieg beteiligt sind. Es wurde aber auch ein Bestandschutz für bereits erteilte Vorgehmigungen in den Koalitionsvertrag eingebaut. Da bitten wir die Bundesregierung auch im jetzigen Kontext um eine Aussage, wie es mit diesen Lieferungen weitergeht. Die Rüstungsunternehmen brauchen im Rahmen bereits erteilter Genehmigungen dringend diesen Vertrauensschutz, da ansonsten rein politische Themen auf ihrem Rücken ausgetragen würden. Und ja, natürlich sind in diesem Zusammenhang auch Schadensersatzforderungen denkbar.“

Welche Erwartungen hat der BDSV mit Blick auf das nächste Jahr an die Rüstungsexportpolitik der Regierung?

„Wir akzeptieren den Primat der Politik. Unsere Sorge bezieht sich vor allem auf Einzelheiten der administrativen Genehmigungspraxis, die wie bereits in der letzten Legislaturperiode über weite Strecken unvorhersehbar und daher sowohl für uns selbst als auch für Kunden und Partner durch überraschende Wendungen oft nicht nachvollziehbar war. Dadurch wurde erhebliche Irritationen gerade auch bei unseren europäischen Partnern ausgelöst. Das muss sich ändern.“

„Hinsichtlich der vorgesehenen und gewünschten militärischen und industriellen Kooperationen in Europa sind die nun angekündigten deutschen Sonderwege für einzelne Länder bzw. Ländergruppen nicht zielführend und werden gemeinsame europäische Projekte verkomplizieren oder sogar ganz verhindern. Nach unserer Überzeugung muss Deutschland aktive Anstrengungen unternehmen, um zu einer stärkeren europäischen Harmonisierung der Rüstungsexportkontrolle beizutragen.“